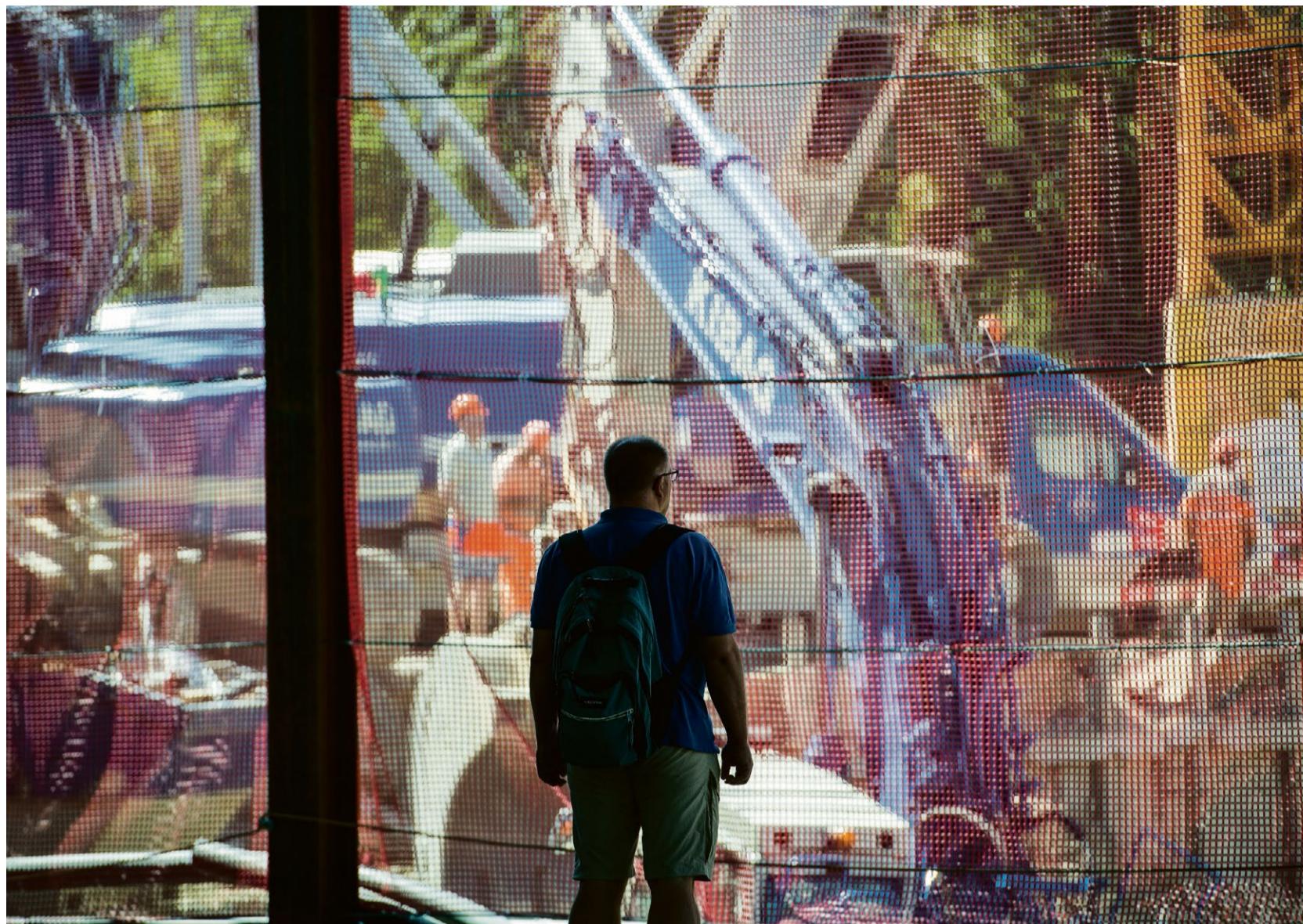


Analyse & Debatte



Den meisten bleibt nur das Zuschauen: Baustelle an der Europaallee, direkt beim Zürcher Hauptbahnhof, aufgenommen im Juli 2016. Foto: Reto Oeschger

Genug geworfen

Grosse architektonische Würfe haben es derzeit schwer in Zürich. Gut so. Denn der Stadt fehlt es vor allem an einem: Gewöhnlichkeit. Von Beat Metzler

Eine Milliarde Stunden. Gefühlt so lange hat Zürich in den letzten 40 Jahren über die Zukunft des Kasernenareals gestritten.

Gemessen am Aufwand, fällt das Resultat bescheiden aus: Fast alles bleibt, wie es ist. Sogar Sisyphus hat im Vergleich dazu viel erreicht.

Zürcher, die starke architektonische Gesten mögen, sehen sich durch den Kasernenstillstand in ihrem Frust bestätigt: Die Stadt ist unfähig zum grossen Wurf. Weitere Beispiele gefällig? Das Globusprovisorium: Es soll einem Plätzlein weichen. Der Rathausplatz: Nach dem Hafenkran bleibt er leer. Die Kunthauserweiterung: eine Betonschachtel.

Im Gebiet zwischen See und Hauptbahnhof mag der Eindruck architektonischer Lähmung zutreffen. Doch rundherum ist in den letzten 20 Jahren genau das Gegenteil geschehen. Da hat Zürich so gross geworfen wie schon lange nicht mehr. Ganze Quartiere entstanden - Neu-Oerlikon, Zürich-West, Europaallee - alle gestaltet von namhaften Architekten.

Man kann deshalb auch zum umgekehrten Schluss kommen. Zürich braucht keine Visionen, sondern mehr Gewöhnlichkeit - also unspektakuläre Spazierwiesen wie jene auf der Kaserne oder die soliden Wohn- und Arbeitsviertel am Gleisstrang, deren Planung die SBB und die Stadt diese Woche bekannt gegeben haben.

Jahrzehnte des Hochglanzes

Zeitgenössische Stadtplanung lässt sich grob in zwei Haltungen unterteilen: in den Hochglanz- und den Alltagsansatz.

Alltagsplaner versuchen, vielseitige und lebendige Stadtquartiere zu schaffen. Dazu braucht es genügend Dichte, unterschiedliche Nutzungen, gut gestaltete Strassenräume. Die architektonische Qualität einzelner Häuser zählt weniger. Eine gewisse Monotonie der Häuser fördert sogar das Stadtgefühl. Das lässt sich in jeder europäischen Metropole nacherleben.

Der Hochglanzansatz dagegen dreht sich ganz ums einzelne Gebäude. Dieses soll spektakulär aussehen, alle Blicke auf sich ziehen und sich dadurch gut verkaufen. Den Prototyp solcher Überwältigungsarchitektur hat Frank Gehry mit seinem Guggenheim-Museum in Bilbao geschaffen. Der gewundene Silberbau veredelte sich sofort zur internationalen Marke, so leicht

wiedererkennbar wie der Eiffelturm oder das Empire State Building.

Seit den 90er-Jahren bemühen sich Städte weltweit, auch bei sich solche Architekturikonen zu bauen. Waghalsige Entwürfe sind Motoren der Aufwertung, sie schaffen ein modernes Image und locken Touristen. Am weitesten gegangen ist dabei Dubai: Dort stehen sich die Riesentürme internationaler Stararchitekten gegenseitig auf dem Fundament herum.

Auch Zürich folgte in den letzten 20 Jahren oft den Grundsätzen der Hochglanzplanung. Man erschuf Prestigequartiere aus Prestigehäusern, um internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Das kostete viel Geld, was wiederum die Mieten nach oben drückte. Auf städtebauliche Feinheiten, zum Beispiel belebte Erdgeschosse, achtete man weniger. Das Bild musste stimmen.

Dadurch haben sich diese Quartiere von einem Grossteil der Bevölkerung abgekapselt. Die meisten Zürcher werden es sich nie leisten können, in Zürich-West oder der Europaallee zu wohnen. Und beide Orte haben es bisher nicht geschafft, ihre Exklusivität mit genügend Beizen oder Kulturbetrieben ein wenig zu demokratisieren. In der Nacht ragen die Türme dunkel in den Himmel, am Boden sammelt sich Stille. Zwischen solch leblosen Entfaltungen finanzieller Macht fühlt sich niemand willkommen.

Ob es sich in Zürich gut leben lässt, hängt nicht so stark von der Frage ab, ob das Globusprovisorium durch Architektur von Weltrang ersetzt wird oder nicht. Entscheidender ist, wo die Zürcherin-

nen und Zürcher arbeiten, wo sie eine Wohnung finden und wie viel sie dafür zahlen müssen.

Günstigere Wohnsiedlungen hat Zürich in den letzten Jahren vor allem am Stadtrand aufgestellt. Die besseren Lagen blieben den Hochglanzentwürfen vorbehalten, deren Unerschwinglichkeit jeweils weit in die Umgebung hinein abstrahlt. Doch vom Unbehagen, in der eigenen Stadt nicht mehr dazugehören, haben viele Zürcher längst genug. Auch deshalb wehren sich Quartierbewohner und Mittel-links-Parteien gegen die Pläne, ein neues Kongresszentrum auf den Carparkplatz hinter dem Hauptbahnhof zu stellen. Sie verstehen dieses als weiteres Von-oben-herab-Projekt, das eine Mehrheit ausschliesst.

In den Städterankings immer zuoberst
Die Befürworter des Hochglanz-Städtebaus verteidigen diesen, indem sie auf den internationalen Städtewettbewerb verweisen. Doch in diesem kann Zürich heute schon problemlos mithalten. Die Touristen strömen herbei, Zuzüger und Firmen ebenfalls. Zürich lockt genug, es hat nicht noch mehr Parfüm nötig.

Was der Stadt hingegen fehlt - so banal das klingt - sind zentrale, zahlbare Wohnungen und zentrale, zahlbare Gewerbeblächen. Durch diesen doppelten Mangel droht Zürich die Verödung, das vermag kein noch so grosser Wurf zu ändern.

Nach zwei Hochglanz-Jahrzehnten hilft eine Gegenoffensive in Alltäglichkeit. Einen Anfang bilden die neuen Ideen für die drei frei werdenen SBB-Areale. Sie sollen weder Maximalgewinne sichern noch architektonisches Prestige anhäufen. Stattdessen will man bei der Planung die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigen. Ein Drittel der Wohnungen übernehmen Genossenschaften, der Rest befindet sich in der mittleren Preisklasse. Neues und traditionelles Gewerbe findet Platz - Firmen, die Spitzenmieten wie an der Europaallee nie zahlen könnten.

Solche Stadtteile sind nicht das, was man als grossen Wurf preist. Sie werden sich kaum je zu Sehenswürdigkeiten oder Postkartensujets entwickeln. Vielleicht sehen sie sogar ein wenig langweilig aus. Dafür bieten sie verschiedensten Menschen einen Arbeitsplatz oder ein Dach über dem Kopf. Und am Abend hat es ein paar Leute auf den Strassen.

Genau das macht eine Stadt aus.

Zürich lockt genug, es hat nicht noch mehr Parfüm nötig.



Beat Metzler

Redaktor Hintergrund und Debatte

Gastbeitrag Müssen erst Juden sterben, bevor der Bund handelt? Von Herbert Winter

Wir sind Bürger, nicht Bittsteller

Dieses Jahr feiern wir Schweizer Juden 150 Jahre Gleichberechtigung. Ich habe im Lauf dieses Jubiläumsjahrs immer wieder betont, dass wir Juden nicht nur gut integriert, sondern integraler Bestandteil dieses Landes sind, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen Bürger. Die Geschichte der Schweizer Juden in den letzten 150 Jahren ist eine Erfolgsgeschichte - eine Erfolgsgeschichte, in der es jedoch auch immer wieder Rückschritte gab und gibt.

Letzte Woche erlitten wir einen Rückschritt. Ein neuer Bericht des Bundes bestätigt, was der Schweizer Nachrichtendienst schon länger sagt: Juden sind auch in der Schweiz besonders gefährdet. Terroranschläge auf Synagogen und jüdische Schulen sind auch in der Schweiz möglich; Anschläge, wie sie in den letzten Jahren die jüdische Gemeinschaft in Paris, Kopenhagen, Toulouse oder Brüssel erschütterten.

So weit, so beunruhigend. Der Bericht hält auch fest, dass der Schutz der Juden eine Aufgabe von nationaler Tragweite ist und dass Handlungsbedarf besteht - dem ist nichts hinzuzufügen. Doch dann nimmt der Bericht eine überraschende Wendung - und darin liegt der Rückschritt und ein Widerspruch. Zwar stehe der Staat in der Pflicht, die Juden vor Terroranschlägen zu schützen. Doch die Sicherheit sei Sache der Kantone, dem Bund seien die Hände gebunden. Auch an den Kosten für Sicherheitsmaßnahmen, die die jüdische Gemeinschaft bisher selbst trägt, könne sich der Bund nicht beteiligen. Dafür würden die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Der Vorschlag ist eine Zumutung

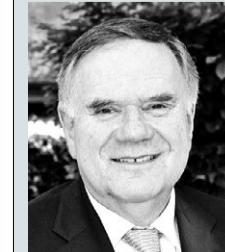
In unseren Nachbarländern stehen grosse Polizei- und sogar Armeeaufgebote vor den Synagogen. In der Schweiz unterstützt uns der Staat diesbezüglich kaum, weshalb wir eigene Sicherheitsvorkehrungen brauchen. Diese kosten jedes Jahr Millionen und bringen die jüdische Gemeinschaft immer mehr an die finanziellen Grenzen.

In den letzten Jahren haben wir den Dialog mit dem Bundesrat und den Behörden verstärkt, weil die Terrorgefahr steigt - und damit die Verunsicherung der jüdischen Gemeinschaft und unsere Ausgaben für die Sicherheit. Was nun der Bund als Lösung vorschlägt - die Juden sollen weiterhin alles selbst bezahlen, am besten mit einer Stiftung, die sie selbst finanzieren - ist eine Zumutung. Eine Zumutung, die den nicht mehr länger tragbaren Status quo zementiert.

Gleichzeitig schiebt der Bund die Verantwortung für die Sicherheit an die Kantone ab. Manche Kantone wiederum delegieren die Verantwortung an die Gemeinden. Die Gemeinden verweisen auf den Bund: Dieser sei für Terrorbekämpfung und -prävention zuständig.

Wer schliesslich die Verantwortung übernimmt und uns finanziell und personell unterstützt, ist für uns nicht entscheidend. Hauptsache, es geschieht endlich etwas. Der Bund kann nicht die Bedrohung einer Minderheit und die Schutzpflicht dieser gegenüber anerkennen und sich gleichzeitig mit formaljuristischen Argumenten aus der Verantwortung stehlen. Ein solches Vorgehen ist diesem Land nicht würdig. Ich frage mich: Müssen in der Schweiz wirklich erst Juden bei einem Terroranschlag ermordet werden, bevor der Staat endlich handelt?

Umso ermutigender ist es, dass uns in den letzten Tagen zahlreiche kantonale und nationale Parlamentarier kontaktiert haben, die zusammen mit uns eine Lösung für unser Sicherheitsproblem finden wollen. Falls es dafür neue Gesetzesgrundlagen braucht: Aufgrund des positiven Echos aus der Politik bin ich optimistisch, dass solche geschaffen werden können. Klar ist: Wir bleiben hartnäckig. Wir kommen nicht als Bittsteller, sondern als gleichberechtigte Schweizer Bürger. Mit der vom Bund präsentierte Scheinlösung lassen wir uns nicht abspeisen. Dazu sind wir Schweizer Juden 150 Jahre nach der Gleichberechtigung zu selbstbewusst.



Herbert Winter

Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes